

Paper „Agrar 2027“ - Landesvorstand Oldenburg

Niedersachsen ist Agrarland Nr. 1 in Deutschland. Mehr als 50 Prozent der niedersächsischen Landesfläche, knapp 2,6 Millionen Hektar, werden von rund 34.000 Betrieben landwirtschaftlich genutzt¹. Damit zählt die Land- und Ernährungswirtschaft zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen in Niedersachsen. Hier werden knapp die Hälfte aller Kartoffeln (ca. 120.500 Hektar) in Deutschland angebaut. Dazu kommt Silomais mit 462.400 Hektar, Winterweizen mit 365.500 Hektar sowie Roggen (156.400 Hektar) und Wintergerste (151.500 Hektar). Mit Blick auf die Tierhaltung stehen etwa 40 Prozent der deutschen Legehennen, gut 60 Prozent der Masthühner, ein Drittel der Schweine und rund 20 Prozent der Rinder in Niedersachsen. So sorgt das Agribusiness für Wohlstand und Beschäftigung im ländlichen Raum und die sichere Ernährung der Menschen. Die CDU in Niedersachsen bekennt sich klar zur landwirtschaftlichen Produktion in unserem Land bei gleichzeitigem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der landwirtschaftlichen Nutztiere. Die Landwirtschaft in Niedersachsen steht allerdings unter Druck und ist mit enormen Herausforderungen konfrontiert, worauf im Folgenden näher eingegangen wird.

Tierhaltung und Tierschutz

Wie bereits berichtet, ist Niedersachsen das Bundesland mit einem erheblichen Anteil an Nutztieren. Wobei die Tierhaltung – mit Ausnahme der Geflügelhaltung – rückläufig ist. Bedeutsame Ursachen hierfür sind:

- Deutlich verschärfte Vorgaben der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung woran sich Sauenhalter bis 2035 anpassen müssen. Allein für Niedersachsen wird der erforderliche Mittelbedarf auf rund 1 Mrd. Euro geschätzt.
- Hohe Erwartungen der Gesellschaft an das Tierwohl in der Nutztierhaltung, die sich aber überwiegend nicht in den Marktpreisen niederschlagen.

Das Bundesprogramm Umbau Tierhaltung (BUT) mit seinen zwei Fördersträngen (Investive Förderung tiergerechter Stallneu- und -umbauten im Bereich der Schweinehaltung; Förderquoten: je nach Investitionssumme 30, 50 oder 60 %/Förderung laufender Mehrkosten höherer Tierhaltungsstandards (Zuschuss: 70 bis 80 %)) läuft aus. Eine Antragstellung im Rahmen des BUT ist letztmalig zum **31.08.2026** möglich. Danach führt der Bund die investive Förderung besonders tiergerechter Schweineställe über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) fort. Die dadurch Niedersachsen zur Verfügung stehenden Mittel werden für den Umbau der Sauenhaltung aber nicht ausreichen. Außerdem sind die GAK-Mittel in jedem HH-Jahr erneut Gegenstand politischer Diskussionen; es fehlt dadurch an Planungssicherheit für die Tierhalter.

Nach vorliegenden Informationen werden 2026 noch Fördermittel in Höhe von rund 400 Mio. Euro über das BUT vorwiegend an Betriebe mit Sauenhaltung ausgeschüttet werden. Da etwa 27 bis 28 % der deutschen Sauen in Niedersachsen stehen, verringert dies den Fördermittelbedarf für den Umbau der Sauenhaltung in Niedersachsen um etwa 110 Mio. Euro. Der Bund wird im Anschluss kein neues Förderprogramm für die Nutztierhaltung auflegen.

¹ [Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung Niedersachsen 2023 | Landesamt für Statistik Niedersachsen](#)

Tierseuchen und Seuchenschutz

Niedersachsen ist als führender Standort der deutschen Schweine- und Geflügelhaltung in besonderem Maße von Tierseuchen betroffen bzw. gefährdet. Die Afrikanische Schweinepest (ASP), die Aviäre Influenza (Vogelgrippe) und weitere Tierseuchen wie die Blauzungenkrankheit verursachen erhebliches Tierleid, hohe wirtschaftliche Schäden und große psychische Belastungen für Tierhalterinnen und Tierhalter. Durch die zunehmende Ausbreitung und Häufigkeit von Seuchenausbrüchen steigen die Anforderungen an Prävention, Bekämpfung und Entschädigungssysteme. Gleichzeitig zeigen die Erfahrungen der vergangenen Jahre, dass sowohl die bestehenden Schutzmaßnahmen als auch die finanzielle Absicherung der Betriebe weiterentwickelt werden müssen, um Tierbestände wirksam zu schützen und landwirtschaftliche Existenzen zu sichern. Oftmals ist es nicht die Frage ob eine Seuche kommt, sondern nur wann.

Deshalb fordern wir:

- die Errichtung und Finanzierung von Wildschutzzäunen zur Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest.
- eine verstärkte Aufklärung über die Einschleppung und Verbreitung von Tierseuchen durch den Menschen.
- den Ausbau von Schutzmaßnahmen an Rastplätzen, Wanderwegen und weiteren Risikobereichen.
- vereinfachte Genehmigungsverfahren für Stallumbauten zur Verbesserung des Seuchenschutzes.
- eine zukunftsfeste Finanzierung der Tierseuchenkassen.
- eine stärkere Förderung technischer Schutzmaßnahmen, insbesondere von Zuluftreinigungsanlagen.
- die gezielte Förderung der Züchtung widerstandsfähigerer Geflügelrassen.
- die Weiterentwicklung eines wirksamen Wildvogelmanagements.
- die Intensivierung der Forschung an Impfstoffen gegen die Vogelgrippe.
- eine Ausweitung der Entschädigungsregelungen der Tierseuchenkassen.
- zusätzliche Unterstützungsangebote für Tierhalterinnen und Tierhalter in besonderen Härtefällen.
- die Prüfung staatlich unterstützter Ertragsschadenversicherungen.
- die Einrichtung eines Entschädigungsfonds für indirekt von Tierseuchen betroffene Betriebe.
- eine umfassende Information der Tierhalterinnen und Tierhalter über verfügbare Impfstoffe sowie deren Wirksamkeit und Kosten.

Ernährungssicherheit und Lebensmittelpreise

Die Krisen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass eine verlässliche Versorgung mit bezahlbaren Lebensmitteln keine Selbstverständlichkeit ist. Zwischen steigenden Lebensmittelpreisen und der Zahl hungernder sowie mangelernährter Menschen besteht weltweit ein enger Zusammenhang. Das ist wissenschaftlich gut belegt. Auch in Deutschland sind Lebensmittelpreise inzwischen wieder zu einer sozialen Frage geworden und viele Menschen sind deswegen in großer Sorge. Nach einer Studie im

Auftrag des HDE Handelsverband Deutschland lag im Mai 2023 der Anteil der Menschen, die Angst haben, mit dem Geld nicht auszukommen, bei 27 %; bei einem Nettohaushaltseinkommen unter 2 000 Euro betrug der Anteil sogar 45 % und bei Alleinerziehenden 38 %. Und 59 % der Menschen flößt die Preisentwicklung Angst ein; bei Menschen mit einem Haushaltseinkommen unter 2 000 Euro sind es 69 %.²

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stiegen die Lebensmittelpreise zwischen 2020 und 2024 um rund ein Drittel.³ Steigende Lebensmittelpreise deuten darauf hin, dass die Nachfrage das Angebot übersteigt. Da Essen aber überlebenswichtig ist, sinkt die Nachfrage trotz Preissteigerungen nur begrenzt. Die landwirtschaftliche Produktion in Niedersachsen leistet einen wichtigen Beitrag zur Lebensmittelsicherheit in Deutschland und sorgt mit dafür, dass Deutschland in Krisenzeiten unabhängiger von globalen Märkten ist.

Deshalb fordern wir:

- eine angebotsorientierte Agrarpolitik zur Sicherung bezahlbarer Lebensmittel für alle Bevölkerungsschichten.
- die konsequente Ausrichtung der Agrarpolitik auf Versorgungssicherheit und heimische Lebensmittelproduktion.
- den Abbau bürokratischer Belastungen für landwirtschaftliche Betriebe sowie den Verzicht auf zusätzliche Auflagen und Dokumentationspflichten.
- mehr unternehmerische Freiräume für Landwirtinnen und Landwirte, mehr Vertrauen in deren Eigenverantwortung sowie die Überprüfung und Abschaffung praxisferner Regelungen.
- mehr Planungs- und Investitionssicherheit für landwirtschaftliche Betriebe bei gleichzeitiger Beschleunigung von Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren.
- eine wirtschaftlich attraktive Ausgestaltung von Umwelt-, Klima- und Tierschutzleistungen.
- faire Wettbewerbsbedingungen im europäischen und internationalen Agrarhandel inklusive eines angemessenen Ausgleichs für höhere heimische Produktionsstandards.
- eine Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027, die die Versorgung mit bezahlbaren Lebensmitteln aus heimischer Erzeugung stärkt.
- die Förderung von Innovationen wie Smart Farming und digitalen Technologien in der Landwirtschaft sowie die Unterstützung moderner Züchtungsmethoden.
- technologieoffene und innovationsfreundliche rechtliche Rahmenbedingungen bei gleichzeitiger Beschleunigung von Zulassungsverfahren für innovative Verfahren und Produkte.
- eine kritische Prüfung der Umwidmung landwirtschaftlicher Flächen für andere Nutzungen.
- die konsequente Fortführung des Niedersächsischen Weges als Grundlage einer partnerschaftlichen Weiterentwicklung der Landwirtschaft.

Schädlingsbekämpfung und Pflanzenschutz

² Vgl. Handelsverband Deutschland – HDE e.V. (Hrsg.): Konsummonitor Preise. 3. Aufl., Berlin 2023.

³<https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/Tabellen/sonderauswertung-nahrungsmittel.html>

Im Zuge von Klimawandel und Globalisierung bedrohen zunehmend neue Pflanzenschädlinge, -krankheiten sowie bestimmte, oft nicht heimische Pflanzenarten Kultur- und Nutzpflanzen in Niedersachsen und Deutschland. Ihre Ausbreitung auf landwirtschaftlichen Flächen belastet Betriebe wirtschaftlich und arbeitsorganisatorisch und kann durch Ernteauffälle die Nahrungsmittelproduktion gefährden.

Auch ökologische Folgen sind möglich, etwa wenn gebietsfremde oder sich verstärkt ausbreitende heimische Arten durch intensivere Bodenbearbeitung oder erhöhten Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel bekämpft werden müssen. Daher gibt es sowohl ökonomische als auch ökologische Gründe, Pflanzenarten mit Bedrohungspotenzial systematisch zu erfassen und bei Bedarf gezielt zu bekämpfen.

Dasselbe gilt für Pflanzenschädlinge wie etwa die Schilf-Glasflügelzikade, die vor allem deshalb zum Problem wird, weil sie Bakterien überträgt, die Stolbur und das sogenannte SBR-Syndrom, auslösen. Bekannt auch als sogenannte „Gummirübe“ im Zuckerrübenanbau. Ist die Rübe infiziert, drohen Ertragseinbußen von bis zu 50 Prozent, geringere Zuckergehalte und erhebliche Probleme in der Verarbeitung. Auch Kartoffeln und weitere Gemüsearten sind betroffen – mit massiven Qualitäts- und Ertragseinbußen.

Angesichts der fortschreitenden Ausbreitung der Zikade handelt es sich um ein akutes phytosanitäres Risiko für wichtige landwirtschaftliche Kulturen in Niedersachsen, insbesondere für Kartoffeln, Zuckerrüben und Gemüse.

Deshalb fordern wir:

- die systematische Erfassung und wissenschaftliche Bewertung des Befalls mit invasiven Pflanzenarten, die Kultur- und Nutzpflanzen gefährden.
- die Überprüfung bestehender Meldesysteme, die Schließung von Erfassungslücken sowie die Etablierung eines flächendeckenden Monitorings invasiver Pflanzenarten in Niedersachsen.
- die Prüfung, Weiterentwicklung und wissenschaftliche Begleitung wirksamer Bekämpfungsstrategien gegen invasive Pflanzenarten wie Erdmandelgras.
- die Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene, um eine wirksame Bekämpfung invasiver Pflanzenarten zu ermöglichen.
- die Umsetzung wirksamer Maßnahmen zur Eindämmung besonders problematischer Arten wie Erdmandelgras, um erhebliche Ertragsverluste im Kartoffel-, Mais- und Zuckerrübenanbau zu verhindern.
- die Bewertung der wirtschaftlichen Folgen invasiver Pflanzenarten für landwirtschaftliche Betriebe sowie die Bereitstellung geeigneter Förder- und Ausgleichsmaßnahmen bei Bedarf.
- die Überprüfung und den bedarfsgerechten Ausbau von Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Landwirte, Kommunen sowie weitere Flächeneigentümer und Flächenbewirtschafter.
- die konsequente Nutzung aller derzeit verfügbaren Maßnahmen zur Bekämpfung der Schilf-Glasflügelzikade und anderer bedeutender Pflanzenschädlinge.
- die Einbeziehung von Saatgutbeizen, zugelassenen Insektiziden im Bestand sowie ackerbaulichen Maßnahmen wie Bodenbearbeitung und Fruchtfolge in ein integriertes Bekämpfungskonzept.
- den Einsatz auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene für eine reguläre (Wieder-)Zulassung von Neonikotinoiden, um wirksame Instrumente zur Bekämpfung der Schilf-Glasflügelzikade und anderer bedeutender Pflanzenschädlinge verfügbar zu machen.

Wassermanagement und Klimafolgeanpassung

Wasser ist nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie keine gewöhnliche Handelsware, sondern ein schützenswertes Gut. Durch die Folgen des Klimawandels gerät die Ressource Wasser in Niedersachsen jedoch zunehmend unter Druck: Auf längere Trockenperioden folgen Starkregenereignisse und Hochwasser. Dadurch geraten Wasserversorgung, Landwirtschaft, Industrie und Umwelt stärker in Konkurrenz um die verfügbaren Wasserressourcen.

Um die Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten, braucht Niedersachsen ein verlässliches und landesweit abgestimmtes Wassermanagement. Dabei müssen regionale Unterschiede berücksichtigt und praxistaugliche Lösungen vor Ort ermöglicht werden. Ziel ist es, Nutzungskonflikte zu entschärfen, die Wasserqualität zu sichern und ausreichend Wasser für Bürgerinnen und Bürger, Landwirtschaft und Wirtschaft bereitzustellen.

Deshalb fordern wir:

- Vorrang der öffentlichen Trinkwasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge im Rahmen eines integrierten und nachhaltigen Wassermanagements.
- Entwicklung und Umsetzung regionaler Wassermanagementkonzepte unter Einbeziehung aller Wassernutzer.
- Konsequente Verfolgung der Ziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie.
- Unterstützung von Maßnahmen zur Reduzierung von Gewässerbelastungen durch Mikroplastik, Arzneimittelrückstände, Biozide und andere Spurenstoffe.
- Stärkung von Trinkwasserkooperationen.
- Ausbau der Messnetze für Nitrat- und Phosphatbelastungen.
- Förderung von Beregnungsverbänden.
- Unterstützung von Forschung zu wassersparenden Techniken und landwirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen.
- Anpassung wasserrechtlicher Genehmigungen an die veränderten Klimabedingungen.
- Stabilisierung der Grundwasserstände und Reduzierung von Wasserentnahmen.
- Einführung von Ausgleichspflichten bei Neuversiegelungen sowie Förderung von Entsiegelungsmaßnahmen.
- Umsetzung von „Schwammstadt“-Konzepten mit Begrünung, Wasserrückhalt und klimaangepasster Stadtentwicklung.
- Prüfung und Ausbau von Speicherbecken, Bewässerungsinfrastruktur, Retentionsflächen und Wasserfernleitungen.
- Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für Floating-PV-Anlagen.
- Weiterentwicklung des Küstenschutzes sowie des Siel- und Schöpfwerksbaus.
- Ausbau der Beratung zu wassersparender Landwirtschaft.
- Förderung der Forschung zur Nutzung von aufbereitetem Brauchwasser sowie Ausbau der Nutzung von Regenwasser und aufbereitetem Brauchwasser als Alternativen zur Trinkwassernutzung.
- Einsatz auf Bundesebene für eine stärkere Verankerung von Wasser- und Klimaanpassung in der landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung.
- Verbesserung der länderübergreifenden Koordination der öffentlichen Wasserversorgung.

Bürokratieabbau und Entlastung der Landwirte

Landwirtschaftliche Betriebe sind heute mit einer Vielzahl von Dokumentations-, Nachweis-, Melde- und Antragspflichten konfrontiert. Zwar werden viele dieser Verfahren bereits digital abgewickelt, die vorhandenen Systeme sind jedoch häufig nicht miteinander verknüpft. Dadurch müssen dieselben Daten mehrfach eingegeben werden, was zusätzlichen Zeitaufwand, Fehlerquellen und Kosten verursacht. Die bestehende Bürokratie bindet wertvolle Arbeitszeit und hält Landwirtinnen und Landwirte von ihrer eigentlichen Aufgabe, der Erzeugung von Lebensmitteln, ab. Nach Auffassung der CDU werden die Möglichkeiten der Digitalisierung bislang nicht ausreichend genutzt, um Verwaltungsaufwand wirksam zu reduzieren.

Deshalb fordern wir:

- die vollständige Digitalisierung aller Dokumentations-, Nachweis-, Melde- und Antragsverfahren in der Landwirtschaft, sodass diese papierlos abgewickelt werden können.
- die Schaffung eines zentralen und benutzerfreundlichen Datenportals für die Landwirtschaft, in dem alle behördenrelevanten Betriebsdaten gebündelt werden.
- die konsequente Umsetzung des Prinzips „Daten nur einmal erfassen“, damit Landwirtinnen und Landwirte ihre Angaben künftig nur einmal eingeben müssen.
- die Möglichkeit, erfasste Daten nach Zustimmung der Betriebe automatisch für verschiedene Meldungen, Nachweise und Anträge zu nutzen.
- die Einrichtung geeigneter Schnittstellen, damit Daten aus Agraranträgen automatisiert an andere staatliche Datenbanken und Meldeportale übermittelt werden können.
- die freiwillige Bereitstellung betrieblicher Daten an private Stellen wie Ökokontrollstellen oder Vermarktungspartner, um Doppelarbeit zu vermeiden.
- die Entwicklung einer möglichst einheitlichen und bundesweit nutzbaren IT-Lösung für die Agrarverwaltung gemeinsam mit anderen Bundesländern.
- dass Niedersachsen bei der Entwicklung digitaler Agrarverwaltungssysteme eine Vorreiterrolle übernimmt und möglichst Sitz eines länderübergreifenden IT-Dienstleisters für das landwirtschaftliche Datenportal wird.
- die Prüfung, ob ein zentrales Datenportal oder mehrere miteinander vernetzte Datenpools die effizientere und praxisgerechtere Lösung für die Landwirtschaft darstellen.